

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 15/5568 –**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 10. November und 19. Dezember 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen
Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten**

A. Problem

Mit dem am 10. November und 19. Dezember 2003 in Berlin unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich wird das Ziel verfolgt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der polizeilichen Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung zu intensivieren. Der Vertrag stellt dabei eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden bi- und multilateralen Rechtsbeziehungen sowie der Übereinkommen und Rechtsakte im Rahmen der Europäischen Union dar.

B. Lösung

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung des Vertrags vom 10. November und 19. Dezember 2003 geschaffen werden.

Einstimmige Annahme

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Aufgrund der vereinbarten Datenübermittlungen können Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand entstehen, die derzeit nicht bezifferbar sind.

2. Vollzugsaufwand

Im Hinblick auf die Datenübermittlungen können Sach- und Personalkosten entstehen, die derzeit nicht bezifferbar sind.

E. Sonstige Kosten

Sonstige Kosten, insbesondere für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme, entstehen nicht. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die private Wirtschaft und private Verbraucher nicht entstehen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 15/5568 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 29. Juni 2005

Der Innenausschuss

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Vorsitzende

Frank Hofmann (Volkach)
Berichterstatter

Clemens Binninger
Berichterstatter

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Frank Hofmann (Volkach), Clemens Binninger, Silke Stokar von Neuforn und Dr. Max Stadler

Der Gesetzentwurf auf Drucksache 15/5568 wurde in der 181. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Juni 2005 an den Innenausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 85. Sitzung am 29. Juni 2005 einstimmig empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 66. Sitzung am 29. Juni 2005 abschließend beraten und ihm einstimmig zugestimmt.

Berlin, den 29. Juni 2005

Frank Hofmann (Volkach)
Berichtersteller

Clemens Binninger
Berichtersteller

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstellerin

Dr. Max Stadler
Berichtersteller